

Neue Zeitung

Vonbeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1922 Nr. 181 Jahrgang 215

Bezugspreis: monatlich 12.15 — ohne Gebühre; Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Buchhandlungen und andere Anzeigengestalten entgegen.
Morgen-Ausgabe
Anzeigenpreis: Die 8te Sp. 84 mm breite mm-Straße 2.—A. Die 9te Sp. 90 mm breite mm-Straße 3.—A. Recht nach Paris, Zeitungsdruck Halle-Saale.
Geschäftliche Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentrale 7801, Abends von 7 Uhr an Redaktion 5809 und 5810. — Postfach 20512.
Geschäftliche Berlin: Hamburger Str. 30, Fernruf Otto Kurfürst Str. 890A, Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag v. Druck von Otto Uthle, Halle-Saale

Eisenerkennungsversuche

Die Entendrohungen — Frankreichs Furcht vor den russischen Millionenheeren — Lloyd George und Schanzer von Anfang an über die deutsch-russischen Verhandlungen unterrichtet, heucheln doch Erstaunen

Eine Note der Alliierten

v. Genua, 18. April.
 (Spezialbericht des Berichters des N. Z.)
 Die in der Villa Raggio versammelten Vertreter Englands, Italiens, Frankreichs, Belgiens, Japans, der Schwedens, Polens, Dänemarks und Rumaniens hatten den ganzen Tag über Besprechungen und schieden dann einmütig den Beschlüssen, eine Note an die deutschen Delegierten zu richten, in der es heißt:
 Die unterzeichneten Mächte müssen der deutschen Delegation in freierwilliger Weise ihre Meinung zum Ausdruck bringen, daß die Erfüllung eines solchen Vertrages (mit Anhalt), während die Konferenz nach tagte, eine Verletzung der Bedingungen bedeutet, die Deutschland selbst sich auferlegt hatte. Als es nach Genua eingeladen und ihm angeboten worden war, in jeder Kommission auf dem Fuße der Gleichberechtigung vertreten zu sein, haben die unterzeichneten Mächte einen Beweis ihrer Bereitwilligkeit gegeben, die Erinnerung an den Krieg beiseite zu setzen und Deutschland die Gelegenheit eines ehrenvollen Zusammenarbeitens mit den früheren Feinden zu geben.

Auf ein derartiges Angebot guten Willens und der Solidarität hat Deutschland mit einem Mißverständnis, das den Geist gegenfälligen Vertrauens zerschlug, nicht geantwortet, sondern tagte und während Deutschland in den Kommissionen und Unterkommissionen vertreten war, die auf der Grundlage der Bedingungen von Genua den europäischen Feinden mit Anhalt behandeln sollen, hätten die deutschen Vertreter alle Zeichen ihrer Willigkeit im Gegenteil einen Vertrag mit Anhalt geschlossen, der jene festgestellten Punkte im Auge faßt, die die deutschen Delegierten in letzter Zusammenkunft mit den Vertretern der anderen Länder zu erfüllen verpflichtet gewesen wären.

Dieser Vertrag ist nicht abhängig gemacht worden von irgendwelcher Erfüllung oder Befriedigung durch die Konferenz. Man muß annehmen, daß er unbedingte ist. Es handelt sich also in Wahrheit um eine Verletzung einiger der Grundbedingungen, auf denen die Konferenz beruht. Unter diesen Umständen bedürften es die Unterzeichneten als gerecht und billig, daß Deutschland, das eine besondere Ermahnung mit Anhalt befristet hat, um der Erfüllung einer Ermahnung zwischen ihren Ländern und Anhalt teilnehmend kenne. Sie schließen sich daraus, daß die deutschen Delegierten die Willigkeit haben, auf die fernere Teilnahme an der Erörterung von den Bestimmungen zu verzichten, die sich auf die Konferenz der letzten Länder und Anhalt zu beziehen.

(Ses.) Lloyd George, de Facto, Barthou, Tassinari, Benesi, Cernuschi, Rintischki, Diamanti, Nitti.

Der „New-York Herald“ erzählt aus französischen offiziellen Kreisen, daß man dem Gerücht nicht glauben sollte, Lloyd George habe die Einzelheiten des deutsch-russischen Vertrages vor dessen Unterzeichnung gekannt und ihnen zugestimmt. Lloyd Georges bisherige Haltung habe darauf abgezielt, eine feine französische-englische Orientierung zu erhalten und die Deutschen um Anhalt zu zwingen, an der Konferenz ebenfalls teilzunehmen. In einer Herausforderung der mächtigsten Nationen Europas habe man nicht gedacht. Man glaubt, daß Deutschland kein Vertrag schließen werde. Man glaubt, daß Deutschland die Reparationsforderungen um 10. Mrd. Mark überhöhen zu lassen. Man rechnet mit einer russischen Hilfsarmee für Deutschland von 150 bis 3 Millionen Mann (!).

Hier liegt der Haken im Werke. Frankreich hat Angst, die Millionenheere Anhalts, die man einst unversiegt gegen Deutschland hätte, könnten ihm selbst gefährlich werden, und dann wäre es vorbei mit Frankreichs Herrlichkeit. Wirklich angstvollerender „Sieger“ hat die Weltgeschichte nicht gekannt, denn wenn auch die Armeen, die die Franzosen immer wieder aufzuziehen — das heimliche Heer, der Aufmarsch hinter dem Schirmwall usw. — in der Hauptstadt dazu dienen sollen, das „Reich“ für neue Sklaventaten zu geben, das Anhalt ist doch da, übermächtig genug, es möchte ihnen noch einmal stand an den Gurgeln geben. Und nun fällt sie schon die russische Kampftruppe über ihre Köpfe gehen. Andererseits fürchtet Frankreich, daß Deutschland, wenn es sich an den Offizier hält, sich allmählich aus seinen Sklaventaten lösen könnte, daß es sich schließlich wieder erheben würde. Dabei verzagt es aber auch Männer, Mut und Nationalität. Die beiden werden Deutschland immer in seiner „Prüfung“ halten.

Der große Schwindel

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Genua, 18. April.
 Die Oberberatsung von Genua — der deutsch-russische Vertrag — hat die ganze Welt in Spannung versetzt. Aller Augen sind auf Genua gerichtet, die Presse der Entente, vor allem Japans, hat, brüllt, ruf. Man droht, die Konferenz aufzulösen zu lassen — was sich aber sehr selten diesen Umständen zu tun sein. Man weiß, was etwas gequält hat, Lloyd George liant ebenso wie Herr Schanzer. Theater, nichts als Theater! Wer fällt sich denn am meisten durch den Vertrag

Das Wechselproblem

Die verschiedenen Kundgebungen der letzten Tage, in denen die Abhängigkeit der Diktierung von der Weichsel Stellung genommen worden ist, haben die Aufmerksamkeit auf eine Frage gelenkt, die für ganz Deutschland und die für die Diktatur im besonderen von außerordentlicher Bedeutung ist. Nun sind ja Kundgebungen gewiß möglich, aber man muß sich auch darüber klar sein, daß es mit solchen Kundgebungen allein nicht getan ist. Die Grenzfestsetzungskommission und ebenso die Volksratkonferenz in Paris haben sich mit dem ganzen Problem und seiner ungeheuren Tragweite gar nicht beschäftigt, sondern beide Institutionen haben sich in willkürlicher Auslegung an die politischen Bestimmungen des Berliner Vertrags gehalten, und sie haben sich dabei um Begünstigung der Polen Vertragsbedingungen aufzuheben bemüht, die eine Aktion der deutschen Regierung unbedingt notwendig macht. Ob es gelingt, der Wahrheit und dem Recht zum Siege zu verhelfen, steht noch dahin, und es kommt dabei ganz darauf an, ob sich die ausstehenden Stellen von der Wahrheit und von dem Rechte überzeugen lassen wollen. Es war in Aussicht genommen, eine vorbereitende Abordnung nach Paris zu entsenden, damit die Beteiligten dort die Bedeutung der Angelegenheit selbst vortragen könnten. Wie verlannt, hat die Volksratkonferenz den Empfang einer solchen Abordnung nicht für unbedenklich gehalten. Diese Abgabe ist nunmehr schon beendigt für den Geist, in dem man die Frage zu lösen denkt. Die Abordnung des Empfanges ist um so wertvoller, als es Herr Calonder, nachdem er den Vorsitz in der Verhandlungskommission über Oberberatsung übernommen hatte, als selbstverständlich betrachtet, die Zustände in Oberberatsung an Ort und Stelle kennen zu lernen. Wenn man sich in Paris nur an juristische Auslegungsschnitzerei halten will, so wird wieder einmal, wie so oft, der Berliner Friedensvertrag nur neuen Unfrieden stiften; denn darüber muß man sich nur vorbereiten um klar zu sein, daß eine Lösung der Weichselfrage in dem Sinne, daß sie gleichzeitig eine abschließende Diktierung von diesem Fluss bedeutet, nichts anderes ist als eine weitere Verewaltung der deutschen Diktatur, die weder mit dem Geist, noch mit dem Vorlauf des Berliner Vertrages in Einklang zu bringen ist. Wenn eine solche Verewaltung überhaupt möglich ist, so liegt das an den unklaren Vertragsbestimmungen, die ja, wie bekannt, so häufig unzulänglich worden sind, daß diejenigen, die benutzt und einleitet die politischen Interessen berücksichtigen wollen, sich diese Unklarheiten mit Hilfe juristischer Einfälle zunutze machen können.

Wenn jetzt das Wechselproblem, das damals einfach über das Reich gebracht worden ist, erneut in den Vordergrund der Erörterungen getreten ist, so muß grundsätzlich darauf hingewiesen werden, daß in den deutschen Gegebenheiten auf den Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Mächte die deutsche Regierung sich bereit erklärt hat, mit Polen in Verhandlungen über die Weichsel einzutreten. Sie hat sich damals vorbehalten, den Entwurf einer solchen Weichselstelle vorzulegen, die aber schon damals bedacht, daß auch die Weichsel in Zukunft ein wichtiger Teil des deutschen Zukunfts bleiben würde. In diesem Zusammenhang muß auch noch einmal betont werden, wie unterschiedlich Deutsche und Polen in dieser Frage im engblütigen Friedensvertrag behandelt worden sind. Um den politischen Korridor zu schaffen, um Polen den Zugang zum Meer zu geben, hat man sich nicht scheut, die Deutschen in Verbrechen zu verwickeln; man hat die deutsche Stadt Danzig aus dem Reichsverbande gelöst, und die Regelung des Eisenbahnverkehrs hat man nachher den Deutschen und den Polen überlassen. Welche Schwierigkeiten diese Regelung gemacht hat, wie lange sie in den Polen immer wieder verhandelt worden ist, das ist noch an meiner Erinnerung. Und auch heute noch ist die Frage keineswegs in einem Sinne gelöst, der den alliierten und assoziierten Interessen entspricht. Wie nunmehr hierüber die Bestimmungen über den Korridorverkehr zum Teil sind, ergibt sich aus dem unten Beifolgt, daß deutsche Weichselverhandlungen, die durch den Korridor gehen wollen, auf der letzten deutschen Zitation ihre Seitenwehre abgeben müssen, die ihnen erst bei der Mikrotie wieder ausgedehnt werden.

Deutschland hat im politischen Interesse bei der Schaffung des Korridors Land abtreten müssen und hat dafür nur papierne Sicherungen erhalten. Dasselbe Spiel soll jetzt an der Weichsel noch einmal gespielt werden. Obgleich die Volksratbestimmung in Weichseln eine überwindliche Weichsel für Deutschland eras, soll jetzt wiederum Land an der Weichsel abgetreten werden, und Deutschland soll dafür durch gewisse Bestimmungen entschädigt werden. Die den Zugang zur Weichsel sichern sollen. Doch gemerkt: Diese Bestimmungen sind bisher nur in Aussicht gestellt worden, obgleich sie nach dem Vorlauf des Friedensvertrages „gleichzeitig“ mit der Grenzregelung in Kraft treten sollten. Dies ist bisher nicht geschehen und darin liegt eine billige

getroffen? Frankreich! Und um Frankreichs Willen heuchelt man jetzt Erstaunen, will man nichts gewagt haben, obwohl Lloyd George wie Schanzer (sowohl bei Beginn der Verhandlungen in Santa Margherita, wie auch beim Abschluß des Vertrages von deutscher Seite offizielle Mitteilungen gemacht worden sind). Italien gibt das schon — wenn auch verheißt — zu, wenn die „Kampfer“ des Vaterland, heißt: „Die Regierung hatte davon gehört, daß sich etwas zwischen Deutschland und Anhalt vorbereite, aber sie wußte nicht von der großen Tragweite der Besprechungen.“

Italien selbst fällt sich von dem Vertrag wenig berührt, es beachtet ihn nur, insofern er die Konferenz berührt. Ministerpräsident de Facto, der zu den Oberlagen in Rom weilte, hat sofort die dort anwesenden Minister über den Vorfall unterrichtet.

Der anschließende Ministerrat hat nach langer Verhandlung zwar anerkannt, daß der Vorfall ein sehr ernstes Natur sei und die Konferenz in Genua gefährden könne, daß er aber die italienischen Interessen nicht besonders berührt und überhaupt Italien nur insofern interessiere, als Italien Mitglied der Entente sei.

Es handelt sich um einen Vertrag, in dem Deutschland Anhalt als fongebiete, wenn es sich auch in den Verhandlungen von den übrigen Mächten isolierte. Die Bedeutung des Abkommens liegt aber immerhin erst in der Zukunft und nur in bestimmten Mächte in der Gegenwart, insofern die Auslösung Anhalts eine sehr problematische Angelegenheit, wie gegenwärtig, ist.

Auch in der Konferenz ist eine ruhige Stimmung eingetreten, außer den politischen Ausfällen arbeiten alle anderen Ausschüsse. Zur Prüfung der deutsch-russischen Frage ist eine juristische Kommission gebildet worden. Den Vorsitz führt der Italiener Scialoja, Senator und Mitarbeiter am Frieden von Versailles, Sir Cecil Durr für England, Leiter der Rechtsabteilung des Foreign Office, und Francesco für Frankreich, der ebenfalls ein juristischer Beamter des Louis d'Orléans ist.

Der Berichterstatter der „Chicago Tribune“ in Genua erhielt von einem Mitarbeiter der deutschen Abordnung folgende Erklärung: „Der Vertrag mit Anhalt wurde Sonntag unterzeichnet. Wir bestritten, daß wir verschiedene Noten von Lloyd George über von sonst jemand empfangen haben, immer erklärt sein soll, daß unsere Dankung als „Verteuerungsbrauch“ angesehen werde. Die Verhandlungen mit den Russen begannen bereits in Berlin vor 14 Tagen. Während Lloyd George und die anderen Nationen in seiner Villa verhandelten und die deutschen Delegierten ausblieben, kamen die Russen zu uns, und boten uns die Wiedereröffnung der Verhandlungen an. Wir stimmten zu und informierten die Engländer und Italiener. Als der Vertrag fertig war, wurde er den Engländern bekanntgegeben. Heute unterrichten wir die Engländer und Italiener neuerdings, weshalb wir die Wiedereröffnung Lloyd Georges nicht verstehen. Weiter wurde dem Berichterstatter derselben, Valtes erklärt, daß Deutschland und Anhalt den Vertrag in Anerkennung der Grundbesitz Willens unterzeichneten, daß es in Europa keine Sieger und Besiegte geben soll. In diesem Sinne wurde der Vertrag von Breit Sitowit für ungültig erklärt. Namentlich sollen die Beziehungen nach dem Grundbesitz vollkommener Gleichberechtigung wieder aufgenommen werden. Deutschland verzichtet auf eine Entschädigung für die Ermordung des früheren deutschen Botschafters in Anhalt, Grafen Mirbach.“

Beratungen in Paris

Paris, 18. April.
 Heute vormittag hat unter dem Vorsitz Picardes ein Kabinetsrat stattgefunden, in dem über die Verträge in Genua und die dadurch geschaffene Lage verhandelt wurde. Im Kabinetsrat waren außer dem Ministerpräsidenten nur die Minister des Innern, des Handels, der freien Gewerbe, der Arbeit, sowie der Internatssekretär für Post und Telegraphie anwesend.

Siezu bemerkt Agence Havas offiziell: Auf Grund der von Boncompagni ihm gegebenen Nachrichten habe die französische Delegation in Genua Vorlauf schon jetzt die faktischen Einwirkungen von dem französischen Standpunkt gegen den Willen des deutsch-russischen Vertrages vorbringen können. Wenn der französische Ministerpräsident im Besitz aller Nachrichten über den gütigen Gang in Genua sein werde, werde er mit seinen Kollegen eine Entscheidung treffen und Vorlauf an die richtige Anweisungen geben lassen. Wichtigste ist heute aber eben eine neuerliche außerordentliche Sitzung des Kabinetsrates stattfinden, die die französische Antwort genügt der zwischen den Alliierten in Genua vereinbarten Stellung antworten soll.

Das Wechselproblem

Die verschiedenen Kundgebungen der letzten Tage, in denen die Abhängigkeit der Diktierung von der Weichsel Stellung genommen worden ist, haben die Aufmerksamkeit auf eine Frage gelenkt, die für ganz Deutschland und die für die Diktatur im besonderen von außerordentlicher Bedeutung ist. Nun sind ja Kundgebungen gewiß möglich, aber man muß sich auch darüber klar sein, daß es mit solchen Kundgebungen allein nicht getan ist. Die Grenzfestsetzungskommission und ebenso die Volksratkonferenz in Paris haben sich mit dem ganzen Problem und seiner ungeheuren Tragweite gar nicht beschäftigt, sondern beide Institutionen haben sich in willkürlicher Auslegung an die politischen Bestimmungen des Berliner Vertrags gehalten, und sie haben sich dabei um Begünstigung der Polen Vertragsbedingungen aufzuheben bemüht, die eine Aktion der deutschen Regierung unbedingt notwendig macht. Ob es gelingt, der Wahrheit und dem Recht zum Siege zu verhelfen, steht noch dahin, und es kommt dabei ganz darauf an, ob sich die ausstehenden Stellen von der Wahrheit und von dem Rechte überzeugen lassen wollen. Es war in Aussicht genommen, eine vorbereitende Abordnung nach Paris zu entsenden, damit die Beteiligten dort die Bedeutung der Angelegenheit selbst vortragen könnten. Wie verlannt, hat die Volksratkonferenz den Empfang einer solchen Abordnung nicht für unbedenklich gehalten. Diese Abgabe ist nunmehr schon beendigt für den Geist, in dem man die Frage zu lösen denkt. Die Abordnung des Empfanges ist um so wertvoller, als es Herr Calonder, nachdem er den Vorsitz in der Verhandlungskommission über Oberberatsung übernommen hatte, als selbstverständlich betrachtet, die Zustände in Oberberatsung an Ort und Stelle kennen zu lernen. Wenn man sich in Paris nur an juristische Auslegungsschnitzerei halten will, so wird wieder einmal, wie so oft, der Berliner Friedensvertrag nur neuen Unfrieden stiften; denn darüber muß man sich nur vorbereiten um klar zu sein, daß eine Lösung der Weichselfrage in dem Sinne, daß sie gleichzeitig eine abschließende Diktierung von diesem Fluss bedeutet, nichts anderes ist als eine weitere Verewaltung der deutschen Diktatur, die weder mit dem Geist, noch mit dem Vorlauf des Berliner Vertrages in Einklang zu bringen ist. Wenn eine solche Verewaltung überhaupt möglich ist, so liegt das an den unklaren Vertragsbestimmungen, die ja, wie bekannt, so häufig unzulänglich worden sind, daß diejenigen, die benutzt und einleitet die politischen Interessen berücksichtigen wollen, sich diese Unklarheiten mit Hilfe juristischer Einfälle zunutze machen können.

Wenn jetzt das Wechselproblem, das damals einfach über das Reich gebracht worden ist, erneut in den Vordergrund der Erörterungen getreten ist, so muß grundsätzlich darauf hingewiesen werden, daß in den deutschen Gegebenheiten auf den Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Mächte die deutsche Regierung sich bereit erklärt hat, mit Polen in Verhandlungen über die Weichsel einzutreten. Sie hat sich damals vorbehalten, den Entwurf einer solchen Weichselstelle vorzulegen, die aber schon damals bedacht, daß auch die Weichsel in Zukunft ein wichtiger Teil des deutschen Zukunfts bleiben würde. In diesem Zusammenhang muß auch noch einmal betont werden, wie unterschiedlich Deutsche und Polen in dieser Frage im engblütigen Friedensvertrag behandelt worden sind. Um den politischen Korridor zu schaffen, um Polen den Zugang zum Meer zu geben, hat man sich nicht scheut, die Deutschen in Verbrechen zu verwickeln; man hat die deutsche Stadt Danzig aus dem Reichsverbande gelöst, und die Regelung des Eisenbahnverkehrs hat man nachher den Deutschen und den Polen überlassen. Welche Schwierigkeiten diese Regelung gemacht hat, wie lange sie in den Polen immer wieder verhandelt worden ist, das ist noch an meiner Erinnerung. Und auch heute noch ist die Frage keineswegs in einem Sinne gelöst, der den alliierten und assoziierten Interessen entspricht. Wie nunmehr hierüber die Bestimmungen über den Korridorverkehr zum Teil sind, ergibt sich aus dem unten Beifolgt, daß deutsche Weichselverhandlungen, die durch den Korridor gehen wollen, auf der letzten deutschen Zitation ihre Seitenwehre abgeben müssen, die ihnen erst bei der Mikrotie wieder ausgedehnt werden.

Deutschland hat im politischen Interesse bei der Schaffung des Korridors Land abtreten müssen und hat dafür nur papierne Sicherungen erhalten. Dasselbe Spiel soll jetzt an der Weichsel noch einmal gespielt werden. Obgleich die Volksratbestimmung in Weichseln eine überwindliche Weichsel für Deutschland eras, soll jetzt wiederum Land an der Weichsel abgetreten werden, und Deutschland soll dafür durch gewisse Bestimmungen entschädigt werden. Die den Zugang zur Weichsel sichern sollen. Doch gemerkt: Diese Bestimmungen sind bisher nur in Aussicht gestellt worden, obgleich sie nach dem Vorlauf des Friedensvertrages „gleichzeitig“ mit der Grenzregelung in Kraft treten sollten. Dies ist bisher nicht geschehen und darin liegt eine billige

fr. Meisen, Mogen, Gerste, Hafer und Weizen die umfänge beinhalten, sind nicht auf den in dem oben stehenden Verzeichnis aufgeführt sind, sondern in dem unten stehenden Verzeichnis aufgeführt sind.

Berliner Produktenmarktpreise.

Table with columns for product names (e.g., Weizen, Roggen, Hafer) and prices. Includes sub-sections for 'Antike Notierungen für 1 Zentner ab Station' and 'Wichtige Nachrichten'.

Devisen-Notierungen

Table listing exchange rates for various locations: Amsterdam, Buenos Aires, Brüssel, Kopenhagen, Stockholm, London, Leipzig.

Berlin, 18. April.

Table listing gold and silver prices, including 'Gold Brief', 'Silber Brief', and 'Raffinierter Kupfer'.

Berliner Metallnotierungen.

Table listing prices for various metals and alloys: Zinn, Antimon, Silber, Elektrolytkupfer, Original-Hütten-Rohkupfer.

Leipziger Notierungen

Table listing prices for various goods in Leipzig, including 'Chem. Bank', 'Leipziger Hyp.', 'Thür. Gas', 'Ochrol. Papier', etc.

Leipzig, 18. April.

Table listing prices for various goods in Leipzig, including 'Oelzente Kuxe', 'St. A. G.', 'Rebeckberg', etc.

Banhaus Schweinsberg & Schröder

Text advertisement for Banhaus Schweinsberg & Schröder, mentioning 'Halle 5, Magdeburger Str. 2' and 'betragt auf beste Gefährte jeder Art'.

Berliner Börse vom 18. April 1922.

Main market index table with multiple columns for different market categories: Festverzinsl. Wertpapiere, Deutsche Eisen- und Stahlakt., Schiffahrts-Aktien, Stadtnotein, Bankaktien, Ausl. Eisen- und Stahlakt., Auswärtige Brauereien, Berliner Brauereien, Auswärtige Wertpapiere, Kolonialwerte.